

gen Journalisten standen in der überwiegenden Mehrheit dem Koalitionspartner näher als der Union. Folgt man verstreut publizierten Analysen von Elisabeth Noelle-Neumann, dann hat sich dieser Umstand auf die Wählerschaft wenigstens in der Weise ausgewirkt, daß er den Wandel in der Meinung der Wählerschaft über den Ausgang der Wahlen wesentlich beeinflusste; die Meinung, daß die Koalition gewinnen würde, hat sich im Verlauf des Wahlkampfes zunehmend über die Medien mitgeteilt. Umgekehrt erhielten die Politiker im Wahlkampf die Chance, sich sowohl über die Medien wie außerhalb der Medien dem Wähler direkt ohne publizistischen Filter mitzuteilen und im gewissen Sinne jenseits dieses Filters die politischen Themen zu bestimmen. Dies hat wesentlich zur Sensibilisierung der Wählerschaft beigetragen und zugleich den Einfluß der Multiplikatoren in den Medien konterkariert. Im direkteren Umgang der Politiker mit der Wählerschaft erwies es sich, daß der Wahlkampf von der Bevölkerung keineswegs als Wahlkampf ohne interessante Themen (wie die Multiplikatoren in den Medien meinten) empfunden wurde: Persönliche Freiheit, Sozialismusfrage, Übergewicht des Ostens, das waren für die Bevöl-

kerung durchaus interessante Themen, für die in den Medien Tätigen aber offenbar nicht. Die Themen setzten sich offenbar gegen sie durch, im Ergebnis mehr zugunsten der Union.

Sehr viel zwiespältiger als dieser Umstand ist aber die Tatsache, daß die Medien insgesamt (Presse wie Funkmedien) ihre Aufgabe einer kritischen *politischen* Aufarbeitung des Wahlergebnisses kaum erfüllen. Obwohl die knappe Mehrheit der Koalition un stabile Verhältnisse erwarten läßt, sind in den Medien andere Möglichkeiten der Regierungsbildung kaum diskutiert worden. Der ohnehin mehr taktisch verstandene Führungsanspruch der Opposition fand in den Medien kaum Verständnis. Die Selbstverständlichkeit, mit der Thesen der regierenden Koalition (z. B. „Mehrheit ist Mehrheit“) übernommen werden, grenzt schon fast an obrigkeitstaatliche Hörigkeit. Das Verhältnis der Medien zu den Regierenden ist fast als unnormal zu bezeichnen. Es hätte sich wohl normalisiert, wäre ein Regierungswechsel zwingend geworden. Schon deswegen wäre ein solcher – unabhängig von der Parteipräferenz – wünschenswert.

Thomas Mechtler

Interview

Solidarität mit den Notleidenden

Ein Interview über kirchliche Entwicklungshilfe mit dem Leiter der MISEREOR-Projektteilung, Dr. Ulrich Koch

Nachdem wir im vergangenen Jahr ein ausführliches Gespräch mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Egon Bahr, über Staat und Kirche als Partner in der Entwicklungshilfe (HK, April 1975, 176ff.) geführt haben, soll diesmal die kirchliche Seite zu Wort kommen. Dabei geht es zusätzlich um Schwerpunkte der kirchlichen Entwicklungshilfe und um die Frage ihrer Abgrenzung gegenüber der Mission. Mit Dr. Ulrich Koch, Mitglied der Geschäftsführung und Leiter der Projektteilung von MISEREOR, sprach Norbert Sommer.

HK: Herr Dr. Koch, angesichts des ungeheuren Ausmaßes von Not, Elend und Unterentwicklung in der Welt drängt sich die Frage auf, was sind da die 180 Millionen DM im Jahre 1975 und die bisher rund 1,9 Milliarden DM, die Misereor aus Spendeneinnahmen und kirchlichen Haushaltsmitteln und die kath. Zentralstelle für Entwicklungshilfe aus staatlichen Zuwendungen für kirchliche Entwicklungsprojekte zur Verfügung gestellt haben. Ist das

nicht ein Tropfen auf den heißen Stein? Was bedeutet Ihrer Meinung nach diese Hilfe entwicklungspolitisch?

Koch: Die Mittel aus der kirchlichen Entwicklungshilfe werden normalerweise über kirchliche Stellen und über sonstige freie gesellschaftliche Kräfte* in den Entwicklungsländern vergeben und für Maßnahmen eingesetzt, die zur Verbesserung der Lebenslage der armen Landbevölkerung oder der Bevölkerung in den städtischen Elendsvierteln dienen. Häufig ist es so, daß die Kirche und auch die anderen freien gesellschaftlichen Kräfte Modellmaßnahmen durchführen, die Antworten auf generelle Probleme sind, die sich in den Entwicklungsländern stellen. Bei einer solchen Strategie kann man wohl nicht davon sprechen, daß die Hilfe von 180 Millionen DM 1975 bzw. 1,9 Milliarden insgesamt seit 1959 ein Tropfen auf den heißen Stein sei. Die entwicklungspolitische Bedeutung der kirchlichen Hilfe liegt – wie schon angedeutet – darin, daß mit ihr viele Maßnahmen durchgeführt werden, die sich

als Modelle für die Lösung schwieriger und umfassender Probleme eignen. So können etwa die vielen Gemeinwesenprojekte der Kirche in zahlreichen Entwicklungsländern als ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenleben angesehen werden. Darüber hinaus sucht die Kirche in all ihren Projekten immer wieder die Grundwerte christlichen Handelns deutlich zu machen und stellt damit eine Gegenkraft gegen Freiheitseinschränkung, Unterdrückung und Ungerechtigkeiten aller Art dar.

HK: Läßt sich ein Trend in der Spendenbereitschaft seit Gründung von Misereor im Jahre 1959 ablesen? Haben die allgemeine Rezession, Arbeitslosigkeit und das verringerte Kirchensteuereinkommen Auswirkungen auf Ihren Etat gezeigt?

Koch: Die Misereorspenden sind im Laufe der Jahre fast jedes Jahr gestiegen mit Ausnahme eines Abschnittes zwischen 1966 und 1969. In der jetzigen Rezession ist das Spendenaufkommen jedes Jahr gestiegen, und zwar über den Satz der Inflationsrate hinaus. So erhielten wir 1974 insgesamt 77,8 Millionen DM an Spenden, 1975 waren es 81,8 Millionen DM. Wir führen das darauf zurück, daß die Spender, also vor allem Katholiken, die regelmäßig in die Kirchen gehen, für das Anliegen von Misereor sehr ansprechbar sind.

HK: Aber die Zuwendungen aus kirchlichen Haushaltsmitteln haben sich 1975 gegenüber 1974 doch verringert ...

Koch: Ursprünglich war vorgesehen, daß die kirchlichen Haushaltsmittel mittelfristig weiter steigen sollten. Als dann die Kirche in der Rezession insgesamt weniger Steuereinnahmen hatte, mußten diese Mittel gekürzt werden. 1975 haben wir nur 15 Millionen DM im Gegensatz zu 16,7 Millionen DM 1974 erhalten. Inzwischen ist aber die Situation besser geworden. Wir werden wieder Steigerungen haben.

HK: Es gibt eine Art inoffizielles Kräfteressen zwischen Misereor und Missio, wer bei den großen Kollekten am Passionssonntag bzw. Weltmissionssonntag besser abschneidet. Bisher hat Misereor immer die besseren Ergebnisse gebracht. Worauf führen Sie das zurück?

Koch: Bei dieser Frage müssen Sie auch Adveniat einbeziehen. Missio und Adveniat sind Hilfswerke, die für pastorale Zwecke in den Entwicklungsländern zuständig sind. Misereor ist zuständig für Entwicklungsarbeit. Nehmen Sie Missio und Adveniat zusammen, dann sind die Kollektenergebnisse für die pastorale Arbeit höher als die von Misereor. Auffallend ist natürlich, daß am Weltmissionssonntag wesentlich weniger (1975 waren es 15,7 Millionen DM) gespendet wird als am Passionssonntag für Misereor (1975: 64,0 Millionen DM) und als zu Weihnachten, wenn die Adveniat-Kollekte (1975: 73,1 Millionen DM) stattfindet. Es muß aber noch hinzugefügt werden, daß bei Missio die Spenden außerhalb des Mis-

sionssonntags höher sind als bei den anderen Werken: 1974 z. B. 34,07 Millionen DM. Ein Grund für die unterschiedliche Kollektenhöhe könnte darin liegen, daß die Zahl der Kirchenbesucher an den verschiedenen Sammler-sonntagen unterschiedlich ist. Ein anderer Grund kann darin liegen, daß die Spender sich unterschiedlich von den verschiedenen Anliegen ansprechen lassen. Diese Frage aber jetzt konkret zu beantworten ist sehr schwierig, da detaillierte Untersuchungen darüber nicht vorliegen.

HK: Vergleicht man die Haushaltspläne von Misereor und Missio, so stellt man fest, daß Missio einen erheblich höheren Anteil, nämlich im Jahre 1975 38,2 Millionen gegenüber 15 Millionen DM, aus den kirchlichen Haushaltsmitteln erhält als Misereor. Worauf ist dies zurückzuführen?

Koch: Ich habe bisher noch keine offizielle Erklärung dafür gehört. Ich vermute aber, daß man ursprünglich die geringeren Einnahmen für die Pastoralhilfe damit ausgleichen wollte. Deshalb gibt man aus dem Kirchensteuersäckel mehr für die Missionsaufgabe als für die Entwicklungsaufgabe. Inzwischen sieht es so aus, daß die pastoralen Werke Adveniat und Missio zusammen etwa einen Etat jährlich von 180 Millionen haben (1975: 111,7 Millionen DM bei Missio und 73,1 Millionen DM bei Adveniat), und dieser Etat liegt damit über dem Etat der kirchlichen Entwicklungshilfe.

„Der Bildungsauftrag hatte von Anfang an Vorrang“

HK: Über die Einsatzfelder von Misereor bzw. der kirchlichen Entwicklungshilfe überhaupt gibt es oft falsche Vorstellungen. Wo liegen eigentlich ihre Schwerpunkte?

Koch: Um dem Heilsauftrag Christi gerecht zu werden, wendet sich Misereor all den Menschen in den Entwicklungsländern zu, die echt in Not sind. Das sind heute die Massen der Kleinbauern, der landlosen Landarbeiter und die Menschen, die in den Elendsvierteln der großen Städte leben. Die meisten Maßnahmen von Misereor zielen darauf ab, die Lebenslage dieser Menschen zu verbessern – durch Genossenschaften, durch Ausbildung, durch Erwachsenenbildung, durch eine Fülle von Einzelmaßnahmen, wie z. B. durch Errichtung von Bewässerungsanlagen und viele Dinge mehr. Es gibt aber auch Maßnahmen, die sich diesen nicht direkt zuordnen lassen. Das sind zum Beispiel Maßnahmen, die dazu dienen, etwa im Gesundheitssektor mehr Fachpersonal auszubilden, oder die dazu dienen, landwirtschaftliche Schulen in einem Land zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahmen kommen langfristig indirekt auch den armen Bevölkerungsschichten zugute. Sie helfen natürlich ganz generell mit, die Situation eines Entwicklungslandes zu verbessern.

HK: Als ein besonderer Schwerpunkt Ihrer Arbeit wird in jüngster Zeit der Aufgabenbereich Erwachsenenbil-

derung, Alphabetisierung und Förderung des Informationswesens herausgestellt. Hat sich damit eine Verlagerung des Haupteinsatzes vollzogen?

Koch: Von Anfang an hat Misereor den Bildungsauftrag als vorrangig erkannt. Erwachsenenbildung ist sicher eines der wichtigsten Mittel, die Verbesserung der Lebenslage verelendeter Menschen zu erreichen, denn es sind ja die Erwachsenen, die ihre jetzige Situation verbessern wollen und sollen. Hier spielen Ausbildung und Beratung eine ganz große Rolle. Das geschieht häufig nicht in schulischen Formen, sondern bei der Arbeit, z.B. in einer Genossenschaft oder an einem Bewässerungsprojekt. Es gibt aber auch, z.B. in Elendsvierteln, Erwachsenenbildungsinstitute, in denen über Tag und abends Kurse durchgeführt werden für die Bewohner des Viertels. Dabei handelt es sich immer um Bildungsinhalte, die die Leute befähigen sollen, ihre Probleme, die sie heute und jetzt haben, anzupacken. Zum Beispiel lernen die Leute, in Genossenschaften und ähnlichen Selbsthilfeorganisationen zusammenzuarbeiten. Die Frauen lernen, wie man näht, und erhalten damit die Chance, mehr für ihre Familie verdienen zu können. Arbeitsvermittlungsstellen und Anlernkurse für industrielle Tätigkeiten werden organisiert und viele Dinge mehr. Alles das fassen wir unter Erwachsenenbildung. Das Informationswesen spielt eine große Rolle, wenn es darum geht, Bildungsinhalte an sehr viele Menschen zu vermitteln. Das Problem der Bildung in den Entwicklungsländern war ja immer, daß sie über Schuleinrichtungen vermittelt wurde. Von denen gab es immer viel zu wenig, so daß jeweils nur eine kleine Gruppe die Chance hatte, Bildung zu erwerben. Nun kennen wir eine ganze Reihe von Maßnahmen, die insbesondere von kirchlichen Gruppen entwickelt wurden, wie man über Mittel der Massenkommunikation möglichst viele Menschen mit Bildungsinhalten erreichen kann. Da ist zunächst einmal die Radioschule, bei der über Radiosendungen Bildung verbreitet wird und organisierte Hörergruppen die Radioprogramme empfangen. Und da sind die Maßnahmen, bei denen Bildung über das geschriebene Wort verbreitet wird in Form von Fernkursen und in Form von Zeitungsbeilagen.

HK: Wenn Sie große Bevölkerungsteile mit einer wenigstens rudimentären Bildung versehen, stellt sich doch auch sehr schnell die Aufgabe, eine adäquate Arbeit für diese Menschen zu finden. Können Sie auch hierbei Wege weisen?

Koch: Die Ausbildung über Massenkommunikationsmittel zielt immer darauf ab, Menschen in ihrer jetzigen Situation zu befähigen, besser leben zu können. Das bedeutet konkret, daß z.B. ein Kleinbauer mehr produziert, mehr vermarktet und insgesamt seine Familiensituation verbessert. Das bedeutet, daß das Dorfhandwerk entwickelt wird. All das führt zu mehr Beschäftigungsmöglichkeiten; um so mehr, je stärker arbeitsintensive Technologien in der Landwirtschaft und im Dorfhandwerk eingeführt werden.

Daneben gab es schon von Anfang der sechziger Jahre an Berufsschulen, die von der Kirche unterhalten werden. Diese können das Bildungs- und Beschäftigungsproblem generell natürlich nicht lösen. Sie können nur einen Beitrag leisten, um der sich aufbauenden Industrie Arbeitskräfte zu verschaffen und andererseits jungen Leuten aus den ärmeren Bevölkerungsschichten Gelegenheit zu geben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Wenn man die Situation insgesamt betrachtet, dann muß es beide Typen von Maßnahmen geben, die spezialisierte Berufsausbildung (in dem Maße, wie die Industrie Arbeitsplätze zur Verfügung stellen kann) und Bildung für die Masse der Menschen, damit sie ihre Lebenslage verbessern können.

„Die Entwicklung der Landwirtschaft schließt auch Landreformen ein“

HK: Sie haben jetzt von der Ausbildung für Industrieberufe gesprochen. Angesichts der enormen Arbeitslosigkeit in den Ländern der Dritten Welt stellt sich aber doch die Frage, ob man sich nicht viel mehr für Landreformen und einen Ausbau der Kleinindustrie einsetzen sollte. Müßte Misereor dies nicht auch tun, selbst auf die Gefahr hin, damit einen ganz anderen Weg einzuschlagen, als es die wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme der einzelnen Länder eigentlich wünschen, die doch mehr und mehr auf eine Industrialisierung aus sind?

Koch: Ja, Sie haben recht, die Strategie müßte in den einzelnen Ländern so sein, daß zunächst einmal die Landwirtschaft entwickelt wird. Die meisten Leute leben auf dem Lande und haben vorläufig auch keine Chance, anderswo Arbeitsplätze zu finden. Selbst, wenn man hohe Investitionsgelder zur Verfügung hätte für die Industrialisierung, würden die zugewachsenen Arbeitsplätze gar nicht reichen, den Bevölkerungszuwachs aufzufangen. Es bleibt also gar nichts anderes übrig, als in der Landwirtschaft die Produktion zu erhöhen und den Menschen, die heute dort sind, mehr Einkommen über die Landwirtschaft zu verschaffen. Der nächste Schritt wäre dann, daß aus der Landwirtschaft heraus Kleinindustrien entwickelt werden, in denen landwirtschaftliche Güter veredelt werden, und daß sich Zulieferungsindustrien für die Landwirtschaft bilden. Die Entwicklung der Landwirtschaft schließt natürlich in manchen Ländern, in denen der Grund und Boden sehr ungleich und unwirtschaftlich verteilt und genutzt ist, auch Landreformen ein. Aber selbst wenn man in der Landwirtschaft gute Fortschritte macht, werden in vielen Ländern noch größere Gruppen der Bevölkerung übrigbleiben, die auch hiervon nicht profitieren können. Das sind Menschen, die heute schon in der sog. Subsistenzwirtschaft leben, d.h. gerade so viel produzieren, daß sie sich am Leben erhalten können; sie leben gewissermaßen von der Hand in den Mund. Viele Entwicklungsfachleute sind heute der Meinung, daß man sich um diese Gruppen zusätzlich kümmern soll, u. zw. in der Weise, daß man ihnen die Möglichkeit gibt, ihre Subsistenz-

stanzwirtschaft auf dem alten Niveau zu halten und das ländliche Milieu etwas lebenswerter zu machen, als es bisher ist.

HK: Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit von Misereor ist nach wie vor sicherlich das Gesundheitswesen. Die neuen Überlegungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf diesem Gebiet gehen mittlerweile davon aus, daß man immer mehr von aufwendigen Projekten wie hochmodernen Krankenhausbauten abgeht und mehr für eine Gesundheitsvorsorge an der Basis sorgen sollte. Auch das chinesische Beispiel der sogenannten Barfußärzte, die Grundkenntnisse der Ersten Hilfe und der häufigsten Krankheiten besitzen, wird in diesem Zusammenhang immer wieder angeführt. Schließlich hat Ivan Illich mit seinen Thesen über die Versorgung der Bevölkerung im medizinischen Sektor ganz neue Ideen in die Diskussion eingebracht. Spielen diese Überlegungen auch bei Misereor und der Projektbewilligung im Gesundheitssektor eine Rolle?

Koch: Man merkt die neuen Ideen sehr deutlich in den Anträgen, die wir erhalten. Hier haben Projekte, die sich mit vorbeugender Medizin befassen, und solche mit einfachen medizinischen Einrichtungen in den letzten Jahren sehr stark zugenommen. Wir haben darauf natürlich positiv geantwortet und solche Initiativen ermutigt und finanziell gefördert. Bei diesen Programmen geht es hauptsächlich darum, mit relativ einfachen und billigen Mitteln große Massen der Bevölkerung medizinisch zu versorgen. Das erreicht man einmal dadurch, daß der vorbeugenden Medizin eine besondere Rolle eingeräumt wird. Man bildet einfache Fachleute aus auf niedrigem Niveau, die z. B. Hygienekontrollen und Gesundheitsaufklärung durchführen können. Für die Behandlung der Krankheiten werden Leute eingesetzt, die die zwanzig oder dreißig gängigen Krankheiten in einer Region kennen und einfache Behandlungsmethoden dafür bereit haben. Das ganze wird von kleinen Gesundheitszentren aus organisiert. Die Erfahrung zeigt, daß die meisten Gesundheitsprobleme hiermit in den Griff genommen werden können. Entsprechend wird zur Zeit in einer Reihe von Ländern das medizinische Ausbildungswesen auf diese Ziele hin umgestaltet. Die Kirche hat schon früh auch theoretisch hierüber gearbeitet und Studien vorgelegt und konnte sich so relativ leicht auf diese neue Linie einstellen. Wir sehen mit Befriedigung, daß die Dinge jetzt in dieser Richtung laufen.

HK: In diesem Zusammenhang kommt man schnell auf das Thema Familienplanung, sicherlich ein Problem, das wegen der großen Aufgaben, die sich in der Dritten Welt stellen, in Zukunft noch mehr Bedeutung haben wird. Ist es für Ihre Arbeit weiterhin ein Tabu, oder kann man sagen, daß die Familienplanung auch in Ihre Überlegungen und in Ihre Projekte einbezogen wird?

Koch: Das Anliegen der Familienplanung kam lange Jahre in den Anträgen von Misereor nur sporadisch vor. In den

sechziger und Anfang der siebziger Jahre hatten wir vielleicht eine Handvoll Anträge, die sich mit Familienplanung befaßten. Etwa seit zwei Jahren kümmert sich die Kirche in einer ganzen Reihe von Ländern sehr viel stärker um diese Problematik. Dabei läßt sich ein Trend beobachten, daß kirchliche Gruppen einen ganz neuen Ansatz für Familienplanung propagieren. Sie behandeln diese komplizierte Materie nämlich im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gemeinde und der lokalen Gemeinschaften. Das sieht dann so aus, daß man in einem Elendsviertel, in dem man versucht, die hygienischen Verhältnisse, die Wohnverhältnisse, die Einkommen, die gesamte innere Struktur zu verbessern, auch über die Familienplanung spricht. Wir haben jetzt ein Beispiel aus Kolumbien, wo dieser Ansatz seit zehn Jahren versucht wird. Und da zeigt sich, daß sich durchaus Erfolge einstellen. Die Kinderzahlen in diesen Vierteln sind zurückgegangen. Interessant ist hierbei, daß in diesem umfassenden Ansatz Methoden der Empfängnisverhütung propagiert wurden, die in vollem Einklang mit der Enzyklika „*Humanae Vitae*“ stehen. Und das wurde ganz bewußt so gemacht, weil man sagte, daß diese Methoden die humansten seien, keinerlei psychologische oder physiologische Probleme mit sich brächten und sich völlig integrieren ließen in den gesamten Entwicklungsprozeß in diesen Vierteln.

„Die Bevölkerungsprobleme sind nicht in allen Ländern gleich“

HK: Um welche Methoden handelt es sich dabei? Glauben Sie, daß z. B. Knaus-Ogino überhaupt in den großen, meistens nur gering ausgebildeten Volksschichten in der Dritten Welt erfolgreich angewandt werden kann?

Koch: Es handelt sich um eine Methode, die der australische Arzt Dr. Billings entwickelt hat und die man eine vereinfachte und leichter anzuwendende Knaus-Ogino-Methode nennen könnte. Für mich stellt sich natürlich auch die Frage, ob sich die Ansätze von Kolumbien in größerem Maßstab – etwa auf ganze Völker – übertragen lassen. Diese Frage stellt sich bisher allen Familienplanern, gleichgültig welche Methoden sie vorschlagen. Und niemand hat bisher eine befriedigende Antwort gefunden. Aber noch aus einem anderen Grund scheint es mir wichtig, die Erfahrungen von Kolumbien nicht von vornherein abzutun: In den Ländern, in denen man sich bisher von Staats wegen mit Familienplanung befaßte, wie in Indien, sind die Propagandisten der Familienplanung in ein immer größeres Dilemma geraten. Weil sie mit den relativ harmlosen Empfängnisverhütungsmethoden kaum Erfolge hatten, kamen sie zu immer inhumaneren Methoden, in Indien zum Beispiel zur Zwangssterilisation und zur Abtreibung. Wenn man auf diesem Weg fortschreitet, auf der Suche nach immer „effizienteren“ Methoden, was wird das Ende sein? In Indien zeigt sich die Kirche sehr besorgt über diese Entwicklung. Es formiert sich in der indischen Kirche zur Zeit eine Gruppe, die sich mit dieser Thematik

befassen will und sehr daran interessiert ist, die kolumbianischen Erfahrungen kennenzulernen.

HK: Sie sagten eben selbst, daß sich über Erfolge dieser Methode auf breiterer Ebene und unter anderen Bedingungen noch nichts aussagen lasse. Spielt nun aber der Standpunkt z. B. der indonesischen Bischöfe auch außerhalb dieses Landes eine Rolle? Diese hatten ja bereits 1972 erklärt, Eheleute, die in Gewissensnot seien, weil sie sich einerseits zur Geburtenkontrolle verpflichtet fühlten, sie andererseits aber nicht mittels völliger oder periodischer Enthaltensamkeit durchführen könnten, handelten in einer derartigen Situation verantwortungsbewußt, wenn sie eine andere Methode verwenden, vorausgesetzt, diese schmälerere nicht die Würde der Ehepartner, widerspreche nicht dem menschlichen Leben (z. B. Abtreibung und dauerhafte Sterilisation) und könne medizinisch verantwortet werden. Wird in Einrichtungen, die von Misereor finanziert worden sind, medizinisches Personal z. B. – entsprechend dieser Erklärung – auch beratend und behandelnd tätig?

Koch: Was die indonesischen Bischöfe zu dieser Frage gesagt haben, wird meines Wissens in anderen Ländern stillschweigend in manchen kirchlichen Gesundheitseinrichtungen praktiziert. Es gibt aber sicher auch viele andere Gesundheitseinrichtungen, die sich um diese Frage nicht kümmern. Wie groß das Verhältnis zahlenmäßig ist, läßt sich schwer sagen. Wir haben darüber keinen genauen Überblick.

HK: Misereor selbst wird in dieser Frage normalerweise ja wohl nicht initiativ werden, sondern nur handeln, wenn entsprechende Projekte angemeldet werden. Geben Sie in einem solchen Falle auch die Zustimmung?

Koch: Misereor wird angegangen, wenn eine kirchliche Einrichtung ein Programm der Familienberatung oder -planung durchführen will und die Mittel dafür nicht zur Verfügung hat. Natürlich spielt die Familienberatung auch in vielen Mütter- und Kind-Kliniken, deren Auf- oder Ausbau von Misereor unterstützt wurde, eine Rolle. Misereor geht davon aus, daß es Sache der Ortskirche ist, über die Methoden der Familienplanung in diesen Mütter- und Kind-Kliniken oder ähnlichen Einrichtungen zu bestimmen. Gestatten Sie mir noch ein paar Worte zur insgesamt sehr komplexen Problematik der Bevölkerungsexplosion und der Geburtenkontrolle. Das Problem stellt sich nicht in allen Ländern gleich. In manchen Ländern ist die Bevölkerungsexplosion ein ganz großes Problem, weil der begrenzte Boden und der gegebene Stand der Industrialisierung nur einer begrenzten Zahl von zusätzlichen Menschen ausreichende Chancen für ein menschenwürdiges Leben bieten. Das zu hohe Bevölkerungswachstum in diesen Ländern hat zur Konsequenz, daß die Zahl der verelendeten Menschen ständig zunimmt. In Ländern, in denen noch genügend freies Land zur Verfügung steht, können sich die Zugewachsenen zumindestens durch

Subsistenzwirtschaft ernähren. Es gibt wieder andere Länder, wo von den Regierungen die Bevölkerungszunahme propagiert wird. Ein anderer Aspekt des Problems ist, daß in vielen Gesellschaften der Entwicklungsländer die Eltern daran interessiert sind, viele Kinder zu haben, weil diese im Alter ihr einziger Schutz sind. Wenn man Familienplanung propagiert, muß man auch Antworten auf diese Probleme haben. Viele Programme der Bevölkerungskontrolle krankten daran, daß sie diese Aspekte völlig ausschalten und nur den einen „technischen“ Aspekt sehen: wie gelingt es, daß die einzelnen Paare weniger Kinder auf die Welt bringen?

„Für den Staat war klar, daß die Kirche in manchen Bereichen flexibler Mittel einsetzen kann als der Staat“

HK: Experten der staatlichen Entwicklungshilfe sehen die Probleme teilweise anders. Nun erhält Misereor zu einem nicht geringen Teil Zuwendungen vom Staat. Sie machten z. B. 1974 mit 44,1 Millionen DM und 1975 mit 53,8 Millionen DM jeweils mehr als ein Drittel des Etats von Misereor aus. Sehen Sie nur Nutzen in diesen Zuwendungen oder auch die Gefahren einer Abhängigkeit von staatlichen Direktiven oder von der jeweiligen Regierung?

Koch: Bei der Beantwortung dieser Frage sollte man vielleicht einmal zurückgehen auf die Motive, die den Staat bewogen, der Kirche überhaupt Gelder für ihre Entwicklungsprojekte zu geben. Die Initiative ging 1962 von Adenauer aus, der vorschlug, den Kirchen, die in den einzelnen Entwicklungsländern sehr viel besseren Zugang zu den notleidenden Menschen hätten, staatliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Zu der Zeit war Misereor schon einige Jahre an der Arbeit und hatte bestimmte Leistungen aufzuweisen. Für den Staat war klar, daß die Kirche in manchen Bereichen flexibler Mittel einsetzen kann als der Staat, der normalerweise seine Hilfe von Regierung zu Regierung gibt, während die Kirche mit der Bevölkerung direkt zusammenarbeitet und aus dieser Zusammenarbeit und aus der Kenntnis der Situation Lösungen entwickeln kann, die wirklich angepaßt sind. Diese Vorteile bewogen den Staat, das Angebot zu machen. Ehe die Kirchen es annahmen, verhandelten sie mit dem Staat über die Spielregeln. Die wichtigsten besagen, daß die Kirche autonom ist, die Mittel entsprechend ihren Vorstellungen in Entwicklungsprojekten einzusetzen. Der Staat schreibt den Kirchen nicht vor, in welche Länder und welche Projekte die staatlichen Mittel gehen sollen.

HK: Aber gibt es nicht die Kontrollfunktion des Staates, daß er über jedes Projekt orientiert werden und auch sein Placet geben muß?

Koch: Der Staat prüft, wenn wir ihm unsere Anträge einreichen, ob ein Projekt eventuell die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem entsprechenden Ent-

wicklungsland stören könnte. Solche Fälle wären ja möglich. Die Pflicht zur Prüfung des Projektes liegt bei uns. Was die Abrechnung anbetrifft, haften wir dafür, daß das Projekt solide durchgeführt und abgerechnet wird.

HK: Erfährt der Empfänger der Hilfe, ob seine Mittel aus kirchlichen Mitteln, aus Spendenaufkommen oder aus staatlichen Mitteln stammen?

Koch: Die staatlichen Mittel werden über die katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe unter Einschaltung der Misereorgesäftsstelle an den Empfänger weitergeleitet. Die Formel lautet normalerweise, daß die Mittel aus der Bundesrepublik Deutschland stammen. Der Staat als Geber der Mittel wird nicht genannt. Die ebengenannte Formel wurde mit der Bundesregierung abgestimmt. Die Spendenmittel und die kirchlichen Haushaltsmittel werden vom Bischöflichen Hilfswerk Misereor überwiesen.

HK: Damit sind wir bei der grundsätzlichen Frage nach dem Prinzip der Misereorarbeit, d. h. nach den Kriterien der Vergabe von Mitteln für bestimmte Projekte.

Koch: Wir haben schon davon gesprochen, daß Misereor – im Sinne des von den deutschen Bischöfen gegebenen Auftrages – zunächst den Entwicklungsländern gegenüber ein Angebot macht. Dieses besagt, daß jeder, der die Not der Menschen in einem konkreten Fall beseitigen oder ändern will und dafür praktikable Vorschläge erarbeitet hat, sich an Misereor wenden kann, sofern er ohne die Hilfe von außen seine Pläne nicht verwirklichen kann. Dieses generelle Angebot wird normalerweise mit Anträgen oder Anfragen beantwortet. Die Anträge schildern bestimmte Elendssituationen und geben Lösungen an, wie die Situation verbessert werden kann. Gestellt wird der Antrag von kirchlichen Gruppen, von Genossenschaften, von Bauernvereinen, von Leuten aus Elendsvierteln, also immer von Gruppen, die in einem Problem drinstecken, eine Lösung sehen, aber hierfür Hilfe von außen brauchen. So kommt Misereor in Kontakt mit den Partnern. Unsere Aufgabe ist es jetzt, aus den eingegangenen Anträgen die auszuwählen, die für die Probleme eines Landes oder bestimmter Gruppen notleidender Menschen am meisten relevant sind. Weiter ist es unsere Aufgabe nachzuprüfen, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen auch machbar sind, ob noch Verbesserungen möglich sind und ob das Projekt Aussichten auf Erfolg hat. Der Sinn dieser Auseinandersetzung mit den Projekten ist, die knappen Misereormittel möglichst effizient einzusetzen. Nun ist es natürlich klar, daß wir diese Aufgabe nicht lösen können, ohne mit bestimmten Gruppen in den Entwicklungsländern darüber zu sprechen. In einer ganzen Reihe von Ländern gibt es inzwischen von seiten der Kirche, aber auch von seiten anderer freier gesellschaftlicher Kräfte, z. B. Genossenschaften, zentrale Stellen – wir nennen sie Entwicklungsbüros –, die von der Bischofskonferenz oder vom Genossenschaftsverband eingesetzt sind, um der Entwicklungsarbeit der Kirche die notwendige Orientierung zu geben und

die gesamte Arbeit zu koordinieren. Diese Stellen befragen wir. Sie geben uns die Kriterien an, nach denen wir die Dringlichkeit der Maßnahmen beurteilen können. Auf diese Weise kommt es zur Mitbestimmung der Partner auch bei der Auswahl der von uns zu finanzierenden Projekte

„Wenn wir mit dem Anspruch eines Rechnungshofes kämen, würde man uns nicht mögen“

HK: Man hört von Zeit zu Zeit die Klage von Missionaren, aber auch von Repräsentanten der Dritten Welt, die mit Misereor zusammenarbeiten, die Kontrolle durch Misereor sei zu groß, Misereor beanspruche zu großes Mitspracherecht. Wie stellen Sie sich solcher Kritik?

Koch: Unsere Philosophie war immer, daß wir die Probleme in den Entwicklungsländern verstehen wollten, um beurteilen zu können, welches die richtige Antwort darauf ist. Es ging uns darum, die Not, aber auch die Anstrengung, diese Not zu überwinden, mitzuvollziehen. Es ging uns nicht darum, einfach nur zu kontrollieren oder zu prüfen. Dieses Mitvollziehen hat ja eigentlich zwei Aspekte: Es erlaubt festzustellen, wie effizient die Mittel, die eine Hilfsorganisation wie Misereor zur Verfügung hat, eingesetzt werden. Und es führt zu wirklicher Partnerschaft und zum Dialog. Indem wir uns um die Notsituation kümmern und über Lösungen mitdenken, üben wir Solidarität. So werden wir in die Probleme hineingezogen und sind mitverantwortlich, was mit den Projekten passiert. Viele unserer Partner sehen unsere Zusammenarbeit in dieser Weise und sehen kein Problem darin, Berichte und Abrechnungen für Misereor anzufertigen. Es leuchtet ihnen auch ein, daß wir diese Materialien für die Information unserer Öffentlichkeit brauchen. Natürlich bringt die Zusammenarbeit auch bürokratische Erschwerisse mit sich, über die der eine oder andere klagen mag. Unser Bemühen ist es, die Kommunikation zwischen uns und den Partnern so einfach wie möglich zu machen.

HK: Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Egon Bahr, erklärte uns gegenüber im vorigen Jahr, er glaube, es werde immer schwerer, den Gesichtspunkten des Rechnungshofes für die Investition oder Ausgabe von Mitteln der Bundesrepublik Deutschland in fremden Ländern mit ihrer Eigenouveränität Rechnung zu tragen. Sehen Sie das Problem ebenso?

Koch: Unsere Erfahrung besagt, daß man uns, wenn wir mit dem Anspruch eines Rechnungshofes kämen, nicht gerne mögen würde. Aber das Angebot eines Dialogs, die Solidarität mit dem Partner, erlaubt das offene Wort, auch über Schwächen und Probleme eines Projektes, die man ja dann gemeinsam lösen muß. Wir haben die Erfahrung, daß dieser Dialog in viel stärkerem Maße gewünscht wird, als wir ihn bisher leisten konnten. Ich führe das darauf zu-

rück, daß man spürt, daß wir es uns nicht leicht machen, daß wir bereit sind mitzuüberlegen, wie Probleme gelöst werden können.

HK: Aus der entwicklungspolitischen Diskussion ist das Schlagwort von der Neuen Weltwirtschaftsordnung nicht mehr wegzudenken. Sehen Sie Auswirkungen dieser Diskussion auf die Projektbewilligung und auf die Arbeit von Misereor?

Koch: Im Augenblick ist in den Anträgen diese Problematik nicht sichtbar. Sie kommt aber auf einer ganz anderen Ebene auf, z. B. bei den Bischofskonferenzen oder anderen nationalen Verbänden in den Entwicklungsländern, die diese Thematik an ihre Schwesterorganisationen in den Industrieländern heranbringen. Ich könnte mir vorstellen, daß in der Zukunft in größerem Maße deutsche Bischöfe mit ihren asiatischen, afrikanischen oder lateinamerikanischen Amtsbrüdern zusammenkommen, um auf dieser Ebene solche Fragen zu diskutieren. Beim katholischen Arbeitskreis für Entwicklung und Frieden in Deutschland haben wir das Thema auf der Tagesordnung. Ich erinnere nur an das Memorandum zur Unctad IV. Der KAEF hat vor, dieses Memorandum den Schwesterorganisationen in den Entwicklungsländern zuzuschicken, um darüber mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

HK: Vermutlich begleitet die Auseinandersetzung mit dem Marxismus die tägliche Arbeit von Misereor in den Entwicklungsländern. Handelt es sich dabei in erster Linie um eine Art Konkurrenzkampf, oder gibt es auch in bestimmtem Umfang Kooperation mit marxistisch geprägten Gruppen?

Koch: Das ist ein sehr komplexes Thema. In einer Reihe von Ländern wie Vietnam, Laos, Kambodscha, Moçambique und Angola sind kommunistische oder sozialistische Regime an die Macht gekommen, die alle der Kirche nicht länger erlauben, im sozialen Sektor irgendeine Initiative zu ergreifen. Der Marxismus verbannt die Kirche und die Religion aus dem öffentlichen Leben und unterdrückt Äußerungen der Kirche, die in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Raum hineinreichen. In einer solchen Situation kann Misereor entweder gar nicht mehr helfen oder nur über staatliche Stellen, wobei dann in der Regel die Kirche am Ort Misereor einen Hinweis gibt, wie sie zu solchen Hilfen steht. Die theoretische Auseinandersetzung mit dem Marxismus spielt heute eine sehr starke Rolle in der lateinamerikanischen Kirche, wo einige Theologen in die „Theologie der Befreiung“ die marxistische Analyse aufgenommen haben und bei der Antwort auf die vielen sozialen Fragen auch zu marxistischen Lösungsvorschlägen kommen. Die Mehrzahl der Kirchenführer und der Mitglieder der Kirche lehnt diese Position ab. Es hat sogar eine gewisse Polarisierung in manchen Kirchen gegeben, die ziemlich schlimme Folgen hatte. In Ländern wie Mexiko hat sie dazu geführt, daß selbst die Menschen, die einfache soziale Arbeit leisteten, in den Verdacht gerieten,

den Kommunisten zuzuarbeiten, und in ihrer Arbeit frustriert wurden. Im Augenblick sehe ich neue Ansätze. Eine Reihe von Bischöfen, Priestern und Laien in der Kirche sucht nach neuen Wegen. Sie gehen davon aus, daß das Beharren auf dem status quo einer ungerechten Sozialordnung langfristig dazu führen wird, dem Kommunismus in die Hand zu spielen. Sie glauben, daß man auf die heutigen Probleme Antworten finden muß, die auf christlichen Werten aufbauen. Man will also, wenn Sie so wollen, die christliche Soziallehre wieder beleben, aber unter Einbeziehung der Erkenntnisse der jüngsten sozialen und politischen Entwicklungen. Das könnte zu Überlegungen führen, wie durch Gemeinwesenarbeit, wie über die Organisation von Selbsthilfebewegungen gesellschaftliches Zusammenleben eingeübt und praktiziert werden kann. Das könnte zum Nachdenken darüber führen, wie in einer Diktatur mit kleinen Konflikten dem Staat weitere Spielräume abzurufen sind für soziale und Entwicklungsarbeit.

„Gruppen, die Gewalt anwenden, insbesondere Waffengewalt, können nicht unterstützt werden“

HK: Die Diskussion über das Antirassismusprogramm des Weltkirchenrates hat gezeigt, wie schwierig es ist, in diesem Bereich sachlich vorzugehen. Für viele Menschen ist die Frage einer Unterstützung von Befreiungsbewegungen weiterhin ein Tabu. Gibt es für Ihre Arbeit bei Misereor eine absolute Grenze, wo Sie sagen müssen: hier machen wir nicht mehr mit? Gibt es auf der anderen Seite – in einem gewissen Umfang zumindest – eine Zusammenarbeit mit revolutionären Gruppen, mit Befreiungsbewegungen?

Koch: Misereor hat all die Jahre, in denen dieses Thema akut war, immer einen sehr klaren Standpunkt vertreten. Dieser besagte, daß Gruppen, die Gewalt anwenden, insbesondere Waffengewalt, nicht unterstützt werden können. Wir haben das mit unserer Erfahrung begründet, daß in fast allen Ländern, in denen solche Befreiungsbewegungen operierten, die vorhandenen Möglichkeiten, über gewaltlosen Widerstand die notwendigen Änderungen herbeizuführen, nicht ausgeschöpft wurden. Im Gegenteil! Die radikalen Gruppen haben häufig sehr schnell die Gruppen, die gewaltlosen Widerstand leisten wollten, zur Seite gedrängt. Noch eine andere Überlegung bestimmt unsere Haltung: wenn man eine Befreiungsbewegung, die einen Krieg führt, unterstützt – und sei es auch nur in humanitärer Weise –, wird die Hilfe fast automatisch Teil der Logistik der Kriegsführung. Das hat seinerzeit der Biafrakrieg ganz deutlich gezeigt. Da kommen Verstrickungen zustande, die eine Hilfsorganisation nicht mehr kontrollieren kann.

HK: Das trifft also nicht für alle revolutionären Gruppen zu? Wenn es eine revolutionäre Gruppe gibt, die durch

beharrliche Opposition eine Veränderung der gegebenen Strukturen anstrebt, würden Sie diese Gruppe unterstützen, auch wenn Sie damit in Konflikt mit den staatlichen Stellen geraten?

Koch: Misereor hat in den vergangenen Jahren immer wieder Gruppen unterstützt, wie z.B. Bauernbewegungen, die Landreformen anstrebten, oder Selbsthilfebewegungen in städtischen Elendsvierteln, denen es um Wohnrechte ging. Alle diese Gruppen waren darauf aus, bestehende ungerechte Strukturen – etwa die ungleiche Landverteilung – zu ändern, und gerieten damit in Konflikt mit den herrschenden Schichten und staatlichen Stellen.

HK: Damit ist das Thema Staat-Kirche-Beziehungen in den Empfängerländern angesprochen. Sie haben vorher ein positives Bild des Staat-Kirche-Verhältnisses im Bereich der Entwicklungshilfe in der Bundesrepublik gezeichnet. Doch in den Empfängerländern scheinen sich die Fälle zu mehren, in denen es zu Konflikten kommt, sei es durch Gemeinwesenprogramme, sei es durch Nebenwirkungen der Hilfe, also immer dann, wenn die kirchliche Hilfe sich nicht unbedingt mit den staatlichen Programmen und Anschauungen verträgt. Bekommen Sie diese Differenzen verstärkt zu spüren, und welche Auswirkungen hat dies dann auf Ihre Strategie und Ihre Projekte?

Koch: Das Problem Staat-Kirche in den Entwicklungsländern läßt sich schlecht mit einem Satz beantworten. Ich versuche daher, gewisse Trends und Typen aufzuzeigen. Es gibt einmal – besonders in Afrika – Staaten, in denen es darum geht, aus vielerlei Stämmen eine Nation aufzubauen. Hier wird von der Kirche erwartet, daß sie sich am Aufbau der Nation beteiligt. Oft führt dies zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche, für manche Kritiker schon zu einer zu engen Bindung an den Staat, die es mit sich bringen könnte, daß Freiheitsräume, die die Kirche und andere gesellschaftliche Kräfte in der Gesellschaft brauchen, nicht geschaffen oder vorhandene Freiheiten aufgegeben werden. Anders ist die Situation in Ländern mit großen sozialen Spannungen, in denen die Kirche stark ist, wie z.B. in Lateinamerika oder den Philippinen. Dort gibt es größere Gruppen innerhalb der Kirche, die in der Sozialarbeit sehr stark engagiert sind. Das geht bis hin zu Priestergruppen, die zu radikalen Veränderungen aufrufen. Das Verhältnis dieser Gruppen zum Staat und zu den herrschenden gesellschaftlichen Schichten ist gespannt. Die Reaktionen des Staates sind unterschiedlich. So gibt es Staaten, in denen kirchliche Gruppen relativ große Freiheit für ihre Sozial- und Entwicklungsarbeit haben, etwa in den Philippinen oder in Ekuador. Dann gibt es Situationen, wo der Staat das kirchliche Engagement gewaltsam einengt. Ein Beispiel dafür bietet Paraguay. Dort läßt die Regierung sozial engagierte Priester und Laien verhaften. Schließlich gibt es Länder, wo die katholische Kirche eine Minderheit ist und mit großen alten Religionen des Ostens zusammenlebt. Das Be-

streben der dortigen Kirche ist es, mit den anderen Religionen, mit der Gesellschaft in einen Dialog zu kommen. Auch zeichnen sie sich durchweg durch ein besonders starkes Engagement in der Entwicklung aus. Obwohl staatliche Stellen in der Regel die Entwicklungsarbeit der Kirche begrüßen, kommt es hin und wieder zu Spannungen mit dem Staat. Die Kirche muß immer wieder glaubhaft machen, daß ihr soziales Engagement nicht der Prose-lytenmacherei dient. Misereor spürt selbstverständlich all diese Differenzen. Überall dort, wo die Kirche eines Landes im Sozialsektor nicht wirken darf oder in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt ist, kann auch Misereor nur in beschränktem Maße helfen.

HK: Würden Sie grundsätzlich der Aussage der evangelischen Aktion „Brot für die Welt“ zustimmen, daß die kirchliche Entwicklungshilfe heute in vielen Ländern nicht mehr vom Einsatz für die Menschenrechte zu trennen ist?

Koch: Dem würde ich zustimmen. Der Auftrag der Kirche schließt die Verteidigung und die Förderung der menschlichen Würde und der fundamentalen Rechte der menschlichen Person mit ein. Ein Beispiel ist das Projekt Tondo auf den Philippinen. Dort weigern sich die Menschen in einem Elendsviertel, dieses Gebiet zu räumen, das von der Regierung zu einem internationalen Hafen ausgebaut werden soll. Die Lage beim jetzigen Hafen ist für die Menschen günstig. Sie sind fast alle Ungelernte, können aber von hier aus sehr schnell in den Lagerhallen Gelegenheitsarbeit finden oder, wenn sie diese nicht bekommen, ans Meer gehen und fischen. Sie sollten jetzt dreißig Kilometer weiter neu angesiedelt werden. Dagegen wehren sie sich. Die Betroffenen haben sich aber untereinander mit Unterstützung kirchlicher Gruppen organisiert und zwingen den Staat jetzt, ihre Rechte zu respektieren. Die Frage der Menschenrechte steht hier ganz im Vordergrund der Argumentation.

HK: Dieser Widerstand wäre also nicht möglich gewesen ohne organisierte Bewußtseinsbildung und ohne den organisierten Protest gegen die Maßnahmen. Das ist sicherlich ein interessantes Beispiel für die jetzt gerade in Asien anzutreffenden Formen neuer Gemeinwesenprogramme. Werden diese Programme nicht auch neue Probleme im Verhältnis Kirche-Staat mit sich bringen, wenn die Kirche solche Projekte auf der Basis kleiner Gemeinschaften unterstützt?

Koch: Diese Bewegung der community-building, die man jetzt überall in Asien antrifft, besonders aber auf den Philippinen, geht zurück auf Beschlüsse der gesamtasiatischen Bischofskonferenz. Sie suchte nach Wegen, den Ärmsten der Armen wirksam zu helfen, und fand heraus, daß man in solchen Gemeinwesenprojekten einüben kann, wie Menschen in einem überschaubaren Rahmen in Frieden, Menschenwürde und gegenseitiger Hilfe zusammenleben können. Natürlich werden solche Projekte sehr häufig an den Punkt kommen, wo sie mit den Interessen von Groß-

grundbesitzern oder mit einer staatlichen Behörde in Konflikt geraten.

HK: Nehmen wir das Beispiel Indien! Dort ist verschiedentlich der Vorwurf zu hören, die Kirche begeben sich dort in die Gefahr eines neuen kirchlichen Kolonialismus, weil sie mit sehr aufwendigen Entwicklungsprojekten – gestützt durch die Finanzen aus dem Westen – in einem Land aufträte, in dem sie als Kirche sehr stark in der Minderheit ist. Gibt es ähnliche Vorwürfe aus anderen Bereichen, und wie will Misereor ihnen begegnen?

Koch: Ich würde das Problem, das Sie hier ansprechen, nicht gerne mit kirchlichem Kolonialismus bezeichnen, besonders, wenn man es auf Indien anwendet. In Indien ist es so, daß alles, was die Kirche tut, besonders solche Dinge, die äußerlich sichtbar sind, wie medizinische Einrichtungen, Schulen oder ähnliches, auf die Nichtchristen provozierend wirken kann, weil man daraus den Anspruch abzulesen glaubt, die Kirche wolle den Machtzuwachs. Diese Spannung ist in vielen indischen Bundesländern deutlich zu spüren. Sie schlägt sich sogar in Gesetzen nieder, die Bekehrungen verbieten. Auf der anderen Seite schätzt die Gesellschaft als solche durchaus die Einrichtungen, die die Kirche dort zur Verfügung stellt: Krankenhäuser, Schulen, Berufsschulen, Genossenschaften. Wir erleben häufig, daß die örtlichen Behörden die Kirche ermutigen, hier noch mehr zu tun. Ich deutete schon an, daß es solche Spannungen auch in anderen Ländern gibt. Wir müssen es der dortigen Kirche überlassen, in geduldigem Dialog und durch die Öffnung all ihrer Einrichtungen für Nichtchristen Vorurteile und Vorbehalte abzubauen.

„Es ist mehr als ein taktischer Verzicht, wenn Misereor es ablehnt, als Vortrupp christlicher Mission verstanden zu werden“

HK: Noch eine etwas provokative Frage. Ist Missio eine andere Form von Misereor, ist Misereor eine andere Form von Missio?

Koch: Das ist eine sehr aktuelle Frage. Bischof Hemmerle hat hierauf meiner Ansicht nach eine gute Antwort gegeben*: „Misereor geht davon aus, daß es zum Christsein des Christen einfach gehört, sich um die menschlichen Bedingungen für das Menschsein eines Jeden aus der Liebe Christi her zu interessieren und einzusetzen. Die Glaubwürdigkeit dieses Einsatzes würde durch Missionsabsicht gerade verdunkelt. Und es ist mehr als ein taktischer Verzicht, wenn Misereor es ablehnt, als Vortrupp christlicher Mission verstanden zu werden. Das heißt freilich auch, daß Misereor im vor-hinein darauf verzichtet, den ganzen

christlichen Auftrag für den Menschen und die Welt abzudecken. Wenn wir als Christen dem Menschen alles schuldig sind, dann sind wir ihm auch und zumal die Botschaft schuldig, den Glauben, in welchem das ganze Heil und die ganze Befreiung erst sichtbar werden. Mission muß sein. Aber Mission würde ihrerseits unglaubwürdig, sie brächte sich ihrerseits um ihre ganze Tiefe, wenn sie das Evangelium nur als Mittel zu menschlicher Erfüllung und Entwicklung anböte. Freilich kann auch Mission sich nicht anders beglaubigen als dadurch, daß sie an der gelebten Liebe, an der Zuwendung zum ganzen Menschen sichtbar macht: Das Evangelium ist mehr als allein Botschaft fürs Innen und fürs Jenseits. Weil das Wort Fleisch geworden ist, gehören Göttliches und Menschliches in der Mission und im christlichen Dienst an der Entwicklung unlösbar zusammen. Aber die Weise ihres Ineinander ist verschieden...“

HK: Wie steht es aber in der Praxis um die Abgrenzung von Missions- und Entwicklungshilfe?

Koch: Aus der eben genannten theoretischen Unterscheidung von Mission und Entwicklungshilfe ergeben sich auch durchaus unterschiedliche Arbeitsfelder für Missio und Misereor z. B., für die man unterschiedliches Können und Wissen braucht. Deshalb organisiert man diese Dinge in den Entwicklungsländern arbeitsteilig. Darauf haben wir uns auch hier in der Bundesrepublik eingestellt und gesagt, ein Hilfswerk ist für die pastorale Arbeit zuständig, das andere ist für die Hilfe für die Entwicklung zuständig. Das Konfliktfeld, das immer in dieser Diskussion drin war, beruht vielleicht darauf, daß einmal der Begriff Pastoralarbeit oder Sozialpastoral ganz unterschiedlich ausgelegt wurde. Z. B. gibt es Länder, in denen der Begriff Sozialpastoral alles einschließt von der Sakramentenspendung über Krankenversorgung bis hin zur Zusammenarbeit mit einer Genossenschaft. Aber selbst wenn man den Begriff so auffaßt, sind die einzelnen Tätigkeiten durchaus wieder arbeitsteilig organisiert. Und der zweite Streitpunkt kommt vielleicht daher – und er war früher sicher noch stärker –, daß mit dieser Arbeitsteilung von deutscher Seite her auch die Ressourcenzuteilung unterschiedlich war. Missio bediente den pastoralen Bereich, Misereor bediente den Entwicklungsbereich. Und wenn dann, wie es in der Vergangenheit oft war, manche Leute aus dem pastoralen Bereich nicht die Mittel bekamen, die sie sich erhofften, während sie über den Entwicklungsweg mehr Mittel bekommen konnten, kam die Klage auf, für die Schweinezuchtfarm stünden Mittel zur Verfügung, aber für ein Katechistenzentrum nicht. Ich glaube, daß dieser Ressourcenstreit eigentlich ziemlich am Ende ist, weil wir heute praktisch die gleichen Mittel für die Pastoralarbeit wie für die Entwicklungsarbeit zur Verfügung haben.

HK: Gibt es denn zwischen den beiden Hilfswerken Missio und Misereor zumindest auf der Ebene der theoretischen Diskussion, auf der Basis der gemeinsamen Motiva-

* Bischof Klaus Hemmerle: Hoffnung für uns – Misereor als Chance einer religiösen Erneuerung der katholischen Kirche in Deutschland, abgedruckt in: Misereor – Zeichen der Hoffnung, München 1976, Seite 62/63.

tion ständigen Kontakt oder gar Kooperation? Man könnte ja aus der örtlichen Zusammenlegung beider Zentralen in Aachen bereits schließen, daß man so etwas von Anfang an eigentlich gewollt hat.

Koch: Ja, die Zusammenarbeit war von Anfang an gewollt und wurde auch von Anfang an praktiziert. Misereor war sogar eine Zeitlang im Hause Missio zur Miete untergebracht. Die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit ergibt sich aus mehreren Gründen. Einmal, weil draußen in den Entwicklungsländern manche Projekte pastorale und Entwicklungsziele gleichzeitig verfolgen und die Verfolgung dieser Ziele in einer Organisation wahrgenommen wird. Ich nenne nur ein Beispiel: In vielen Katechistenschulen werden die Katechisten auch als Dorfhandwerker oder Dorfhelfer ausgebildet. Sie haben, wenn sie in ihre Dörfer zurückkehren, sowohl pastorale Aufgaben, wie z. B. Katechismusunterricht, als auch eine Rolle als Berater im Dorf. Es gibt also gewisse Projekte, wo beide Hilfswerke von ihrer Zielsetzung her an einer engen Zusammenarbeit interessiert sind. Es sind zahlenmäßig nicht sehr viele. Dann ist eine Abstimmung darüber nötig, wie beide Werke die Bevölkerung in der Bundesrepublik ansprechen wollen. Wir müssen den gemeinsamen Auftrag klarmachen, gleichzeitig aber auch die Verschiedenheit verdeutlichen, damit die Spender nicht verunsichert werden. Wir müssen ganz deutlich machen, was wir in der Dritten Welt tun und wie sich die Aufgabe Misereors von der Aufgabe Misios oder Adveniats unterscheidet.

HK: Auf der Gemeinsamen Synode wurden ja auch entsprechende Vorschläge gemacht, wo Änderungen durchgeführt werden sollten und wo man sich zusammenraufen sollte ...

Koch: Die Synode hat gesagt, Gemeinderäte und Diözesanräte sollten gemeinsame Ausschüsse für Entwicklung, Frieden und Mission bilden und nicht zwei verschiedene Ausschüsse. Und dann sollten natürlich die Hilfswerke mit diesen Ausschüssen das Gespräch aufnehmen.

„Wir müssen einen Weg finden, größere Gruppen der Bevölkerung anzusprechen“

HK: Bei Misereor kann man allmählich von der Ablösung der Gründergeneration sprechen. Ist dennoch die Kontinuität der eigenen Strategie gewahrt, oder ist damit zu rechnen, daß es neue Strategien gibt?

Koch: Die Misereorstrategie bestand darin, daß wir versuchten, in den einzelnen Entwicklungsländern durch Analysen herauszubekommen, welches die Probleme sind und in welcher Weise die dortigen Kirchen und die übrigen freien gesellschaftlichen Kräfte Lösungen anbieten konnten. In dem Maße, wie sich die Situation in den Ländern veränderte und wie diese freien gesellschaftlichen Grup-

pen sich selber fortentwickelten, ja neue Konzepte entwickelten und dies mit uns besprachen, änderte sich auch unsere Strategie. Immer in kleinen Schritten, es hat dabei bisher nie große Sprünge gegeben. Dinge, die wir vielleicht zu Anfang der sechziger Jahre als Modell ansahen, waren zehn Jahre später nicht mehr so interessant. Wir bekamen viele neue Ideen – eben durch die fortschreitende Erfahrung und durch den Dialog mit den Partnern. Ich sagte vorher schon, daß wir das Prinzip haben, die Dinge mitzuvollziehen, Verantwortung mitzübernehmen. Dieses Prinzip wird beibehalten.

HK: Im Bundestagswahlkampf 1976 überwogen nationale Töne. Es war viel die Rede von deutschem Geld für deutsche Belange. Dagegen waren kaum entwicklungspolitische Aussagen oder Initiativen im Wahlkampf zu verspüren. Hat hier die kirchliche Öffentlichkeitsarbeit, hat die Öffentlichkeitsarbeit auch der kirchlichen Hilfswerke versagt? Sieht man sich bei Misereor aufgrund dieser Erfahrung veranlaßt, in diesem Bereich in Zukunft stärker zu arbeiten?

Koch: Sie wissen, daß beide Kirchen in den vergangenen Jahren sehr stark versucht haben, der Bevölkerung die Probleme bewußtzumachen und durch Aktionen auch die Bundesregierung zu bewegen, ihre Entwicklungspolitik zu verändern. Wir stellten dann im Laufe der Jahre fest, daß bei diesen Veranstaltungen, Seminaren, Dritte-Welt-Aktionen und ähnlichen eigentlich immer dieselben Leute zusammenkamen. Aber es kamen kaum neue dazu. Auf dem Katholikentag in Mönchengladbach gab es dann einen Durchbruch, als man sagte, wir können so nicht weitermachen. Wir müssen einen Weg finden, größere Gruppen der Bevölkerung anzusprechen. Wir haben jetzt zusammen mit der evangelischen Kirche ein Programm ausgearbeitet, das drei Jahre laufen und mit einem großen entwicklungspolitischen Kongreß enden soll. Damit wollen wir die wichtigen gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik, wie Gewerkschaften, Bauernverbände, Unternehmerverbände, Parteien oder auch katholische Akademien, ansprechen und zu Serien von Gesprächen einladen. Bei diesen Gesprächen wollen wir nicht von einer hohen moralischen Warte her argumentieren, sondern da anknüpfen, wo die gesellschaftlichen Kräfte ihre Probleme mit der Entwicklungspolitik haben. Wenn wir z. B. mit den Textilgewerkschaftlern sprechen, dann greifen wir deren Sorge auf, ihre Arbeitsplätze zu verlieren, wenn die Entwicklungsländer mehr Textilien bei uns absetzen. Wir haben die Hoffnung, daß wir im Dialog zu gemeinsam erarbeiteten Lösungen kommen werden und die Menschen in der Bundesrepublik die Situation realistischer sehen als heute. Das würde dann mit sich bringen, um einen Gedanken aus dem Interview mit Minister Bahr aufzugreifen, daß die Bundesrepublik fähig wird, eine Politik zu machen, die auch im Interesse der Entwicklungsländer liegt und die langfristig bedeutet, daß wir im Frieden weiterleben können, und verhindert, daß wir in die Situation der südafrikanischen Weißen geraten, die nicht mehr wissen, wie sie sich anpassen sollen.